

Manche Beamte verdienen doppelt so viel wie Basler Polizisten – zu Recht?

Lohnunterschiede beim Kanton Zwei Ökonomen, die in der Region lehren, finden: Man könnte die Lohnstruktur durchaus überdenken.



Wie reagiert der Kanton auf den Fachkräftemangel in seinen eigenen Reihen? Foto: Dominik Plüss

Katrin Hauser

Zwei Polizistinnen kontrollieren einen jungen Mann an der Klybeckstrasse. Ein VVB-Chauffeur fährt im 8er-Tram an der Szenerie vorbei und hofft, in der Innenstadt nicht wieder stecken zu bleiben. Einige Hundert Meter weiter brüten Männer und Frauen über langen Berichten und Analysen. Sie versuchen, die Sicherheits- und Verkehrsproblematiken dieses Kantons auf lange Sicht zu lösen.

Wie viel mehr Geld ist ihre Arbeit wert?

Der Kanton Basel-Stadt beantwortet diese Frage anhand von 28 Lohnklassen. Am unteren Ende der Lohnskala sind Reinigungskräfte mit einem Salär zwischen 3604 und maximal 6374 Franken brutto (exklusiv 13. Monatslohn) zu finden. Polizisten steigen mit 4841 Franken in den Beruf ein, was wenig ist, zumal Stadtgärtnerinnen, BVB-Chauffeure, Pflegerinnen oder auch Techniker mit 4903 Franken beginnen. Ein Polizist kann im Laufe seiner Dienstzeit allerdings bis zu 8431 Franken verdienen.

Von Beginn an deutlich besser bezahlt sind Jobprofile, die einen Masterabschluss voraussetzen. Eine Fachbearbeiterin Finanzen verdient mindestens 7159 Franken, wenn sie ihre Stelle antritt – auch wenn sie kaum Erfahrung vorweisen kann. Ein Fachbereichsleiter, etwa in der Kultur, kann bis zu 15'931 Franken monatlich verdienen.

Ist es richtig, das Personal an der Front deutlich schlechter zu bezahlen, weil es kein Universitätsstudium absolviert hat?

Regierungsrätin Tanja Soland (SP) schreibt auf Anfrage, die Ausbildung sei «nicht allein aus-

schlaggebend». Auch «besondere physische oder psychische Anforderungen» würden berücksichtigt. Im Einreisungsplan des Kantons sind besagte Beanspruchungen tatsächlich eines von fünf Kriterien, ebenso wie die Fachkompetenz. «Aber natürlich ist es wichtig, jedes Lohnsystem regelmässig zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen», schreibt Soland weiter.

Angesichts von 90 unbesetzten Stellen bei der Basler Polizei und Problemen bei der Suche nach Sozialpädagoginnen, Pflegern und Technikerinnen kann man sich fragen: Wäre jetzt der Moment, das An-der-Front-Stehen höher zu gewichten und die Lohnstruktur beim Kanton grundsätzlich zu überdenken?

«Ein guter erster Schritt»

«Diese Frage ist gerechtfertigt», sagt Michael Beckmann, Professor für Personal und Organisation an der Universität Basel. «Polizisten haben einen verantwortungsvollen und gefährlichen Job. Wenn sie so wenig Geld ver-

dienen, braucht man sich über den Mangel an Arbeitskräften nicht zu wundern.» Die bereits beschlossene Arbeitsmarktzulage von 400 Franken sei diesbezüglich «ein guter erster Schritt», aber wohl nicht ausreichend.

Die Gründe für die teilweise tiefen Löhne gewisser Berufsgruppen sieht Beckmann unter anderem in der Motivation der Angestellten: «In der Pflege oder auch in erzieherischen Berufen ist die intrinsische Motivation, sich um Menschen zu kümmern, oft grösser als der Wunsch, viel Geld zu verdienen. Insofern sind die Leute gefährdeter, finanzielle Zugeständnisse zu machen, als es beispielsweise Angestellte in der Finanzbranche sind.»

Gerade im Bildungsbereich gibt es allerdings durchaus lukrative Stellen – so etwa die eines Uniprofessors. Auf sein eigenes Gehalt angesprochen, sagt Beckmann frei heraus: «Ich persönlich finde es nicht in Ordnung, dass ein Basler Polizist so viel weniger verdient als ich als Professor. Würden Professoren etwas

«Die Schweiz ist nach wie vor attraktiv für gute Arbeitskräfte, die ein tieferes Lohnniveau gewohnt sind.»

Michael Beckmann
Professor für Personal und Organisation, Uni Basel

weniger verdienen und Polizisten dafür mehr, so würde ich mich nicht unfair bezahlt fühlen.» Dabei handle es sich aber um seine persönliche Meinung.

Tatsächlich könnten andere Personen im öffentlichen Dienst, die Jahre an der Uni studiert haben, um sich eine Fachkompetenz zu erwerben, das nicht gleich sehen wie Beckmann und zu privaten Unternehmen abwandern.

Die Lohnunterschiede in der Privatwirtschaft sind nämlich noch deutlich – in manchen Fällen gar krass – grösser als beim Kanton. «Interessanterweise werden exorbitante Managerlöhne in der Privatwirtschaft ja gern mit der hohen Verantwortung der betreffenden Personen begründet. Der Begriff findet in der Debatte um Lohnerhöhungen für Pflegerinnen und Pfleger, die ebenfalls eine grosse Verantwortung haben, dann aber kaum statt», sagt Beckmann.

In der Privatwirtschaft sind Löhne meist Verhandlungssache zwischen Chef und Angestellten. Insofern müssten die Löhne eigentlich steigen, wenn es an Personal mangelt. Dem ist aber nicht

so. Erst kürzlich stellte die NZZ fünf Thesen vor, weshalb der Effekt ausbleibt. Eine lautet, dass die hohe Zuwanderung Lohnerhöhungen bremse. Dem stimmt auch Beckmann zu.

«Die Schweiz ist nach wie vor attraktiv für gute Arbeitskräfte, die ein tieferes Lohnniveau gewohnt sind. Indem Firmen auf diese Arbeitskräfte ausweichen, halten sie die Löhne künstlich tief.» Dazu kommt, dass der Lohn nicht alles ist. Auch der grosse Druck, die Belastung, Gefühle der Überforderungen können Leute dazu bewegen, nicht in der Pflege oder bei der Polizei arbeiten zu wollen.

Mangelt es an Perspektiven?

Eine etwas anders gelagerte Kritik bringt derweil Mathias Binswanger, Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz, ins Spiel. Ihn stört, dass die Antwort auf den Fachkräftemangel stets lautet, man müsse die Leute besser ausbilden und ihnen mehr Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten.

«Was dann passiert, ist, dass gut qualifiziertes Personal in die Verwaltung wegbefördert wird. Sie verdienen dann zwar mehr Lohn, ihre Kollegen an der Front bleiben aber genau gleich schlecht bezahlt.»

Gemäss Binswanger bräuchte es bei der Polizei, an den Schulen und in den Spitälern die Möglichkeit, «an der Front» aufzusteigen. «So könnte man einerseits Kosten sparen, denn manche Angestellte in der Verwaltung bräuchte es schlicht nicht mehr. Andererseits würden wichtige Entscheide bei den Leuten liegen, die von der Situation vor Ort die meiste Ahnung haben.»

Wer sich impfen lassen sollte und wo das möglich ist

Covid-19 Ab 16. Oktober können sich Menschen über 65 Jahre und jüngere Personen aus Risikogruppen im Kanton Basel-Stadt auf Kosten der Krankenkassen gegen Covid-19 impfen lassen. Der Kanton setzt damit die Empfehlung der entsprechenden Bundesstellen um, wie das Gesundheitsdepartement gestern mitteilte. Der ideale Zeitraum für die Impfung liegt zwischen Mitte Oktober und Mitte Dezember.

Die Empfehlung der Eidgenössischen Kommission für Impffragen und des Bundesamts für Gesundheit gelte nur für besonders gefährdete Personen, heisst es. Nur bei ihnen würden die Kosten für die Impfung von der Krankenkasse übernommen.

Für alle anderen wird die Impfung nicht empfohlen, weil bei ihnen nicht mit einem schweren Covid-19-Krankheitsverlauf gerechnet wird. Sie können sich aber als Selbstzahlende impfen lassen – bei Bedarf mit der saisonalen Grippeimpfung.

Impfen lassen kann man sich in Apotheken und Arztpraxen sowie im Schweizerischen Tropen- und Public-Health-Institut (wiss TPH). Arztpraxen und Apotheken bieten mehrheitlich den Impfstoff von Moderna sowie vereinzelt von Pfizer/Biontech an. Das Swiss TPH hat zudem den Impfstoff von Novavax im Angebot.

Im Baselbiet sind Impfungen gegen Covid-19 ebenfalls ab dem 16. Oktober möglich. Vereinzelt sind auch frühere Impftermine verfügbar. Sämtliche Impfstoffe sind im Zentrum für medizinische Dienstleistungen ZMD in Muttenz erhältlich. Zudem stehen in der Strichcode-Apotheke in Sissach ebenfalls gesicherte Kapazitäten an Impfterminen mit den Impfstoffen von Moderna für über 16-Jährige zur Verfügung. Dazu wird auch in einzelnen Arztpraxen und Apotheken geimpft.

Mirjam Kohler und SDA

Nachrichten

Trottinettfahrer mit 50 km/h unterwegs

Basel Am Montag kurz vor 16 Uhr fuhr ein 19-Jähriger auf einem Elektrotrottinett mit mehr als 50 km/h durch die Stadt. Aufgefallen war er der Polizei im Verzweigungsgebiet Schwarzwaldallee/Schönaustrasse. Glücklicherweise kam es zu keinem Unfall. Der Lenker wird an die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt verzeigt und muss mit einer erheblichen Busse rechnen. Überdies wurde sein erst vor kurzem erstandenes Fahrzeug sichergestellt. Erlaubt sind mit einem Elektroroller Geschwindigkeiten von bis zu maximal 20 km/h. (dw)

Kein provisorischer Gleisbogen

Basel Die BVB und die Basler Regierung haben die Idee eines provisorischen Gleisbogens bei der Margarethenbrücke verworfen. LDP-Grossrat Michael Hug hatte die Idee in einer Interpellation aufgeworfen. Durch den Entscheid bleiben die Einschränkungen im öffentlichen Verkehr definitiv bis spätestens März 2024 bestehen. Wie die «bz Basel» berichtet, lassen die BVB aber aktuell prüfen, ob sich der definitive Gleisbogen sowie die Weichen früher einbauen lassen. (ith)

So viel verdienen Kantonsangestellte in Basel-Stadt

Lesebeispiel: Ein Stadtgärtner ab der Lehre beginnt mit einem Lohn von 4903 Franken und kann mit zunehmender Berufserfahrung bis zu 7922 Franken monatlich verdienen.

Monatliche Bruttolöhne ohne 13. Monatslohn, in Franken					
Beruf	mind.	max.	Beruf	mind.	max.
Reinigungskraft	3604	6374	Primarlehrer	6247	10'309
Polizistin	4841	8431	FB ¹⁾ Finanzen	7159	11'890
Drämmli-Chauffeur	4903	7060	Jurist	7159	11'890
Stadtgärtner	4903	7922	FBL ²⁾ Museen	8257	15'931
Pfleger	4903	7922	Staatsanwältin	8257	15'931
Technikerin	4903	8996	Generalsekretär	8880	17'136
Kindergärtnerin	5855	8996	Chefarzt	13'740	22'757

¹⁾Fachbearbeiterin ²⁾Fachbereichsleiterin
Grafik: kha, mt / Quelle: Kanton Basel-Stadt